

**Stadt Karlsruhe  
- Ortsverwaltung Neureut -**

## Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **10. Februar 2015** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.15** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

---

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Jürgen Stober**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

**Dr. Dorothea Hansis (V)**

Schriefführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht  
Rechnungsamtsleiter Dieter Jänicke  
Bauamtsleiterin Patricia Arnold**

**Zu TOP 1:** **Joachim Frisch, Leiter Schul- und Sportamt Stadt Karlsruhe**

**Zu TOP 2:** **Christian Fulda, Amt für Stadtentwicklung, Bereichsleiter Büro für Mitwirkung und Engagement  
Susanne Göhner, Amt für Stadtentwicklung**

---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **05.02.2015** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **06.02.2015** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

\*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldig ferngeblieben, angegeben.

**Zu Punkt 1 der T.O.:      **Erweiterungsbau der provisorischen Mensa im Schulzentrum Neureut**  
hier: Anträge bzw. Anfragen aller Ortschaftsratsfraktionen  
**(mündlicher Vortrag)****

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Herr Joachim Frisch, den Leiter des Schul- und Sportamtes der Stadt Karlsruhe sowie die zahlreich zu diesem Thema erschienen Zuhörer und Zuhörerinnen.

Als neue Ortsbaumeisterin heißt der Vorsitzende Frau Patricia Arnold willkommen und wünscht eine gute Zusammenarbeit, eine stets glückliche Hand und viel Erfolg im neuen Aufgabenbereich.

Mehrheitlich hatte der Ortschaftsrat in seiner Januarsitzung zu den Haushaltsplanberatungen einem Antrag der Grünen-Ortschaftsratsfraktion, noch 540 000 € im Haushaltsjahr 2016 (mit Sperrvermerk) für den Neubau einer Mensa am Schulzentrum einzustellen, zugestimmt.

Dazu erinnert der Vorsitzende einleitend, dass im November 2011 von Seiten der Schulen der Wunsch nach Einrichtung einer Mensa für das Schulzentrum formuliert und ein Antrag auf Einrichtung einer Essensausgabe für das Gymnasium und die Realschule gestellt wurde. Grund war einerseits die Einführung von G8 mit einem verstärkten Nachmittagsunterricht und auch das angestrebte nachmittägliche Betreuungsprogramm mit Hausaufgabenbetreuung, Arbeitsgemeinschaften u.a.m. Gestützt wurde das Vorbringen auch durch eine sehr engagierte Eltern-Initiativgruppe, die sich ebenfalls nachhaltig mit dem Thema Ernährung auseinandergesetzt und sich eben auch für die Einrichtung einer Mensa eingesetzt hat. Hinzu kam natürlich auch der Wandel in der Mentalität der Schulgemeinschaft. Denn man hatte bekanntermaßen zurückliegend im Schuljahr 2005 statt einer damals bereits angedachten Mensa von Seiten der Schule die Einrichtung eines Studiensaales vorgezogen hatte. Damals wurde das umliegende Essensangebot rund um die Schule als ausreichend angesehen. Doch der Wandel der Zeit war unaufhaltsam. Und auch deshalb hat unser Ortschaftsrat Ende 2011 das inzwischen formulierte Anliegen wohlwollend aufgegriffen und über das Schul- und Sportamt den Ausbau zumindest einer provisorischen Essensausgabe in die Wege geleitet. Es wurde daraufhin nach einem Standort gesucht innerhalb und außerhalb des Schulgebäudes. Letztlich hat man sich gemeinsam mit dem Gymnasium unter Berücksichtigung des zeitlichen Aspektes übereinstimmend dafür ausgesprochen zunächst provisorisch an Stelle der bisherigen Oberstufenlounge eine

Essensausgabe vorzusehen. In einem weiteren Schritt sollten dann die Möglichkeiten für einen endgültigen Ausbau gefunden werden. Es war dann wirklich ein Kraftakt, das Provisorium über Bauunterhaltungsmittel herzustellen und bei der Einweihung am 12. September 2012 waren alle Anwesenden von den Schülern, der Elterninitiative, das Lehrerkollegium bis hin zu unseren Ortschaftsräten voll des Lobes, was dort geschaffen worden war. Bis zu 130 Essen können täglich ausgegeben werden. Dies war mit ein Grund dafür, dass die weiteren Planungen ins Stocken geraten waren, da Anfang bis hin zu den Sommerferien 2014 sich die Essenszahlen auf durchschnittlich 60 Essen pro Tag eingependelt hatten. Mit Beginn des neuen Schuljahres stiegen die Essenszahlen nun wieder an und von daher wurde auch der Wunsch nach einer weiteren Ertüchtigung der Mensa formuliert und zwar sowohl von den Eltern als auch von unseren Politikern. Und es geht um eine langfristige Lösung. Ich verweise dazu auf die Anträge der SPD-Ortschaftsratsfraktion vom 06.11.2014 samt ihres Ergänzungsantrages vom 20.02.15, der Grüne-Fraktion vom 18.01.2015, den FDP-Antrag vom 02.01.15 sowie den Mail-Schriftverkehr der CDU-Stadtratsfraktion vom 11.04.2014.

Seitens der Ortsverwaltung sei eine weitere Ertüchtigung des Provisoriums durch Abstellen von Wänden zur Schaffung eines separaten Essensraumes und möglicherweise durch Einbeziehung des angrenzenden Atriums vorstellbar, aber hier seien zunächst die entsprechenden Planüberlegungen anzustellen. Auch die Prüfung der Anregung unserer SPD-Fraktion auf eine interimswise Containerlösung wäre zunächst denkbar. Aber eine solche, wie auch eine separate endgültige Lösung ist nur gemeinsam mit dem Schul- und Sportamt und vor allem mit dem Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft machbar. Deshalb haben wir im Blick auf die wieder zunehmenden Essenszahlen nun mit dem Schul- und Sportamt die Frage nach einer baulichen Erweiterung thematisiert und konkret nach den Voraussetzungen für den Aus- An -oder Erweiterungsbau nachgefragt.

Bei seinen Ausführungen erklärt der Leiter des Schulamtes, **Joachim Frisch**, im Dezember 2014 habe mit den Schulleitungen und der Ortsverwaltung ein Treffen stattgefunden, bei dem es darum ging, wie eine sinnvolle und tragfähige Weiterentwicklung des Schulstandortes mit einem Ganztagesangebot realisiert werden könne. Dabei stellte er voran, dass die Stadt Karlsruhe Schulbau nur fördere, wenn eine Schulbauförderung des Landes Baden-Württemberg in Aussicht gestellt

werde, das heißt es gibt dann ein förderfähiges Bauprogramm des Regierungspräsidiums. Damit liege auch die Voraussetzung vor, dass ein Schulraumbedarf festgestellt wurde und entsprechend bezuschusst werde.

Zur Aufnahme in den Haushalt der Stadt Karlsruhe sei Voraussetzung, dass eine kostenkontrollierte Planung vorliege. Diese Planung werde dann im Bauausschuss und im Hauptausschuss vorgestellt. Zudem müsse die Maßnahme dann in die Schulbaudringlichkeitsliste, die vom Schulbeirat beschlossen werde, aufgenommen worden sein. Als weitere Vorbemerkung führt er an, dass es in Baden-Württemberg verschiedene Formen der Ganztageschulen gebe. Konkret bedeute dies für den Bereich der Sekundarschulen, dass es eine Ganztageschule nach Schulbauförderung gebe und eine, die mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden vom Land unterstützt werde. Grundsätzlich sei aus Sicht des Schul- und Sportamtes die Variante mit den zusätzlichen Lehrerwochenstunden die bessere, weil dadurch ein besseres pädagogisches Angebot gemacht werden könne.

Es könne jedoch aber auch von der Schule ein pädagogisches Konzept entwickelt werden, ohne gleich Lehrerwochenstunden zu beantragen. Förderfähig seien nach den Richtlinien Flächen für Essens-, Freizeit-, Lehrer- und Betreuungsbereiche. Voraussetzung für die Anerkennung der benötigten Flächen durch das Land ist das Vorliegen eines pädagogischen Konzeptes, aus dem hervorgehe, dass den Schülern an mindestens drei Tagen ein ganztägiges Angebot von sieben Zeitstunden gemacht werden könne. Dieses Konzept ist auch von den schulischen Gremien zu verabschieden. Wenn die Schule zunächst ein Konzept ohne zusätzliche Lehrerwochenstunden verabschiedet, muss sie benennen, wer Partner für die Ganztageschule werde. Es können hierzu Jugendbegleiter und externe Partner, wie beispielsweise Sportvereine herangezogen werden, um die Betreuungszeiten abzudecken. Zusätzlich erforderlich für das Förderprogramm sei, dass die Anzahl der Ganztageschüler benannt werde, was über eine Abfrage bei den Eltern erfolge, um die Flächen entsprechend zu berechnen können. Zum Raumprogramm führt er aus, dass das Regierungspräsidium davon ausgehe, dass grundsätzlich in zwei Schichten gegessen werde. Das bedeute beispielsweise bei 300 Schülern einen Speisesaal von 150 qm. In der Regel gebe es pro Schule noch zwei Aufenthaltsräume, die im Raumprogramm einzurechnen seien. Sobald die pädagogischen Konzepte vorliegen, werde man einerseits mit dem Regierungspräsidium Kontakt aufnehmen andererseits könne man den Planungsauftrag an Hochbau und Gebäudewirtschaft geben, damit eine haushaltsreife Planung erarbeitet werden könne.

Resümierend meint der Vorsitzende, dass das vorgestellte Raumprogramm wahrscheinlich nicht im bisherigen Provisorium durchgeführt werden könne und es hin zu einem Neubau gehen werde. Nun liege es an den Schulleitungen, die Voraussetzungen hierfür nachzuweisen. Sobald diese vorliegen und mit dem Regierungspräsidium abgesprochen sei, werde das städtische Schul- und Sportamt gegenüber Hochbau und Gebäudewirtschaft einen entsprechenden Planungsauftrag erteilen. Bekanntlich habe der Ortschaftsrat in seiner letzten Sitzung zu den Haushaltsplanberatungen mehrheitlich einem Antrag der Grünen-Fraktion zugestimmt, dass der Gemeinderat darüber entscheiden solle, 540 000 € mit Sperrvermerk in den Haushalt 2015/2016 noch zur Verfügung zu stellen. Diese Entscheidung müsse abgewartet werden.

**Fraktionsvorsitzender Dieter König** dankt Joachim Frisch für die Ausführungen. Es seien ja Zwangsabläufe, die hinter der Maßnahme stehe, bemerkt er. Besonderer Dank kommt von ihm auch an den Arbeitskreis Mensa, der bei der Schulbehördenkonferenz hier im Rathaus deutlich gemacht habe, welche Priorität hinter der Mensathematik stehe. Die Politiker hätten bei einem Vorort-Termin an einem ganz normalen Tag gesehen, wie das mit dem Provisorium ablaufe und dies habe ihn stark negativ beeindruckt. Die ganzen Abläufe und hygienischen Verhältnisse stimmten nicht. Ganz gravierend sei gewesen, dass nur 24 Essensplätze zur Verfügung stehen und die Schüler in der Pausenhalle essen müssen - das seien keine Zustände. Zudem führt König die gesellschaftlich veränderten Verhältnisse an, bei denen in zunehmenden Maße beide Elternteile arbeiten. Bei einer Ganztagesbetreuung seien die Schüler auch mit Essen zu versorgen. Man müsse schnellstens zu einer Lösung kommen, spätestens mit dem Doppelhaushalt 2017/2018. Schön wäre es, wenn bereits 2015/16 begonnen werde, aber schon aus planerischer Sicht könne dies nicht kommen. Für die FDP-Fraktion habe die Mensa höchste Priorität, schließt er seine Ausführungen.

**Ortschaftsrat Detlef Hofmann** sieht mit den Ausführungen von Joachim Frisch sich im Großen und Ganzen darin bestätigt, was er bereits in der letzten Sitzung gesagt habe. Im Ziel seien sich alle einig, der Zustand sei untragbar, sagt er im Hinblick auf die momentane Situation. Man habe bereits vor einem Jahr die Verhältnisse vor Ort besichtigt und auch da seien die Zustände bereits untragbar gewesen. Allen sei auch die ganze Zeit klar gewesen, dass etwas getan werden müsse - nur der Weg sei fraglich. Es müssen gewisse Regularien eingehalten werden - auch hier sei man auf einem guten Weg, wenn man dies gemeinsam beantragen könne. Auch er sei dem

AK Mensa sehr dankbar, dass er immer wieder die Menschen aufgerüttelt habe. Hofmann habe immer wieder darauf hingewiesen, dass es aus Hygiene- aber auch aus Brandschutzgründen dringend nötig sei, etwas zu tun. Ihm sei aber auch klar gewesen, dass für den Haushalt 2015/2016 dies nicht machbar sei. Seiner Meinung nach brauche man den Antrag der Grünen nicht, denn HGW und SPC hätten bereits signalisiert, dass sie Mittel für die Planung zur Verfügung stellen. Hinsichtlich der von der SPD angedachten Containerlösung merkt Detlef Hofmann an, dass ein Übergang geschaffen werden müsse, es dürfe so nicht weitergehen. Er schlägt deshalb vor, um schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen, eine Einhausung des oberen Aulabereiches mit einem Durchbruch zur Küche, in Betracht zu ziehen. Dies könne innerhalb von ein bis zwei Wochen gewährleistet werden.

Joachim Frisch erläutert im Anschluss, dass eine Containerlösung keine schnelle Lösung sei. Es dauere neun Monate an Beauftragung bis diese stehen würden.

Der Vorsitzende sagt in diesem Zusammenhang zu, die Ortsverwaltung werde mit allen beteiligten Stellen vor Ort besprechen, welche weiteren Interimslösungen angeboten werden können.

**Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt** dankt ebenfalls Joachim Frisch für seine Ausführungen und dem Fraktionsvorsitzenden Dieter König für die Zusammenfassung der Beweggründe. Zum Bedarf und der Dringlichkeit führt sie an, bereits 2014 sei der Bedarf gesehen und angemahnt worden, dass es dringend notwendig sei und zur Umsetzung gebracht werden müsse. Mit den Kollegen aus dem Gemeinderat habe man geprüft, dass es haushaltsrechtlich noch möglich sei, die Mittel mit einem Sperrvermerk in den Doppelhaushalt 2015/2016 einzusetzen. Sie sehe realistische Chancen, dass das pädagogische Konzept bis zum Stichtag am 1. Oktober vorliege sowie die notwendigen Abstimmungen mit dem Schulamt und Kosten. Wenn man das hinbekommen könne, wäre auch der Termin mit dem Regierungspräsidium eingehalten. Allerdings - das betont sie auch - habe der Gemeinderat letztendlich das Wort, ob die Mittel noch wegen der Dringlichkeit in den Haushalt 15/16 einzustellen seien. Dieser entscheide am 3./4. März darüber dies sei der nächste Schritt, den es abzuwarten gelte. Sie hoffe, dass auf Gemeinderatsebene die Dringlichkeit gesehen werde.

Relativierend führt Joachim Frisch an, man sei nicht an den Termin vom 01.10 gebunden, wenn sich die Schule für die Variante ohne zusätzliche Lehrerwochenstunden entscheide.

Im Anschluss führt **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** für die von ihrer Partei vorgeschlagenen Containerlösung an, man sei sich durchaus der hohen Kosten und dem Planungsaufwand einer solchen Lösung bewusst und wisse, dass dies nicht die optimale Lösung darstelle. Es gehe primär darum, dass etwas bewegt und die Situation verbessert werde. Auf ihre Frage, wie die Zeitschiene für einen Mensaneubau, unabhängig davon, ob der Gemeinderat dies jetzt noch in den Doppelhaushalt 15/16 aufnehme, führt Frisch dazu unter anderem an, dass der Schulbeirat Ende Oktober die Prioritätenliste vorbereite und verwies auch auf das langwierige Verfahren. Auf ein genaues Datum will er sich nicht festlegen, meint aber, es könnte eventuell mit dem Bau frühestens 2017 begonnen werden.

**Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** stellt fest, dass die Elternschaft durch den Antrag, Mittel noch in diesen Doppelhaushalt einzustellen, große Erwartungen und Hoffnungen habe. Genau diese wollte seine Fraktion aber nicht hervorrufen, deshalb habe sie gegen den Antrag votiert. Es mache keinen Sinn, dies nicht richtig haushaltstechnisch einzustellen, denn es gehören noch einige Dinge dazu, die zuvor erbracht werden müssten, wie dies von Joachim Frisch dargestellt worden sei. Für seine Fraktion sei es keine Frage, die Mensa sei unheimlich wichtig und man wolle sie, betonte er. Das habe er auch in der vergangenen Sitzung zu den Haushaltsberatungen immer wieder unterstrichen. Jetzt liege es daran, zeitnah ein Provisorium zu schaffen und nicht erst in neun Monaten sondern bereits vorher mit anderen Lösungen innerhalb des Gebäudes. Es sei jetzt wichtig, alle Maßnahmen zu schaffen, damit eine haushaltsreife Planung für 2017/2018 hinzubekommen sei. Wichtig sei es, dies gegenüber den Eltern ehrlich zu kommunizieren. Deshalb habe seine Fraktion auch den Antrag der Grünen abgelehnt, weil er unnötige Hoffnungen wecke, so Lamprecht abschließend.

Auf eine entsprechende Nachfrage von **Ortschaftsrat Ole Reher**, wie weit die Schulleitungen mit der Erarbeitung des pädagogischen Konzeptes seien, antwortet Joachim Frisch, dass diese intensiv daran arbeiten. Wann dies aber fertig gestellt sei, entziehe sich seiner Kenntnis.

Ergänzend führt **Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt** an, dass die Schule bereits jetzt das Ganztageskonzept in der angedachten Form fahre und es bereits relativ weit gediehen sei-

**Ortschaftsrat Harald Denecken** meint hinsichtlich der Aussagen von Fraktionsvorsitzenden Karsten Lamprecht, mit dem Antrag habe niemand etwas den Eltern vorgaukeln wollen. Man wollte den Vorgang beschleunigen, erklärt er die Zustimmung seiner Fraktion für den Grünen-Antrag. Allen sei klar, dass die Formalien eingehalten werden müssen. Und Denecken meint, die Eltern könnten sehr wohl differenzieren. Zudem plädiert er für eine Zweigleisigkeit. Einerseits sollen die Konzepte so schnell wie möglich vorliegen und diskutiert werden, andererseits die Form eines Provisoriums vorangebracht werden. Denn auch Essen gehöre zum pädagogischen Konzept, sagt Denecken.

Man wolle eine akzeptable Zwischenlösung, bekräftigt anschließend der Vorsitzende.

**Ortschaftsrätin Irene Moser** findet auch, dass man eine Zwischenlösung brauche. Für den Gemeinderat sei die Entscheidung bei Vorlage eines Konzeptes leichter. Es sei ein Hinderungsgrund, wenn ein Konzept nicht rechtzeitig vorliege. Dann könne die Maßnahme vom Regierungspräsidium nicht genehmigt werden.

Das Gremium signalisiert Einverständnis hinsichtlich des Vorschlages des Vorsitzenden, dass über den Antrag der SPD-Fraktion zur Aufstellung bzw. Einrichtung von Containern als Zwischenlösung für den Betrieb einer Mensa nicht abgestimmt werden müsse.

Abschließend verspricht der Vorsitzende, seitens der Ortsverwaltung werde alles daran gesetzt, um zu einer akzeptablen Zwischenlösung zu kommen. Um zu einer endgültigen Lösung zu kommen, werde man weitere Gespräche mit den Schulleitungen führen.

### **Ergebnis:**

Der Ortschaftsrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**Zu Punkt 2 der T.O.:      **Bürgerzentren in den Stadtteilen**  
**-Vorstellung der Konzeption zur Förderung von**  
**Bürgerzentren-**  
hier: Anfrage der FDP-Ortschaftsratsfraktion vom  
24.07.2014  
**(mündlicher Vortrag)****

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende **Herrn Christian Fulda** vom Amt für Stadtentwicklung, Bereichsleiter Büro für Mitwirkung und Engagement sowie Frau **Susanne Göhner** ebenso vom Amt für Stadtentwicklung.

Einleitend zur Vorstellung der Konzeption der Bürgerzentren erklärt der Vorsitzende, eine Anfrage der FDP-Ortschaftsratsfraktion vom Juli 2014, habe angeregt, im Ortschaftsrat zu diskutieren, ob möglicherweise ein Bürgertreffpunkt in Kirchfeld Nord eingerichtet werden könne. Bereits zuvor habe es eine Anfrage auch für die Heide gegeben, ob hier vielleicht ein Treffpunkt für den Bürgerverein eingerichtet werden könne. Das Thema sei auch im Rahmen der Bürgerbeteiligung zur Stadtteilentwicklung angesprochen worden, wobei die Fokusgruppe 3 zu einem anderen Ergebnis gekommen sei. Heute solle die Konzeption der Stadt Karlsruhe zur Förderung von Bürgerzentren vorgestellt werden. Das Amt für Stadtentwicklung sei vom Gemeinderat beauftragt worden, eine Bestandsaufnahme in Sachen Bürgerzentren in den Stadtteilen durchzuführen. Der Gemeinderat habe in seiner jüngsten Sitzung nun Grundsätze dazu ausgearbeitet und beschlossen.

**Ortschaftsrätin Brigitte Schmider** erläutert für die **FDP-Ortschaftsratsfraktion**, die Anfrage beruhe auf dem Wunsch von Bürgerinnen und Bürger sowie eines Vertreters des Bürgervereins Siedlergemeinschaften Kirchfeld, der bei Informationsgesprächen während des Wahlkampfes an ihre Fraktion herangetragen wurde. Es wurde gebeten, auszuloten, in wieweit eine Begegnungsstätte in Kirchfeld Nord realisiert werden könne. Als Räumlichkeiten hierfür sind beispielsweise das Seniorenzentrum, oder die Waldschule angedacht worden. Lösungsmöglichkeiten hierfür bzw. Alternativen sollten im Dialog mit dem Bürgerverein erfolgen. Die Anfrage solle ein Anstoß für eine grundsätzliche Diskussion, auch im Hinblick mit der Heide sein, um eventuell ein Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Im Anschluss stellt **Susanne Göhner** an Hand einer Präsentation die **Aufgaben eines Bürgerzentrums** dar. Diese sollen als Begegnungsstätten für Menschen jeden Alters und jeder sozialen, ethnischen und konfessionellen Herkunft fungieren. Sie sollen die Identifikation mit dem Stadtteil stärken und bürgerschaftliches

Engagement fördern. Das Angebot soll Teilhabe, Partizipation und Begegnung ermöglichen.

Zum **Aufbau von Bürgerzentren** erläutert sie, dass Synergieeffekte durch Zusammenführung vorhandener Angebote und Strategien entstehen sollen. Denkbar seien z.B. Kindertagesstätte / Startpunkt Familienzentrum plus Bürgerzentrum, Jugendtreff plus Bürgerzentrum, Schule plus Bürgerzentrum, Stadtteilbibliothek plus Bürgerzentrum, Seniorentreff plus Bürgerzentrum, Kirchengemeinde plus Bürgerzentrum, Mehrgenerationenhaus plus Bürgerzentrum. Als **mögliche Träger von Bürgerzentren** stellt sie Bürgervereine, Sozialeinrichtungen, Sozialverbände, Kulturvereine, Kirchengemeinden, eigens für diesen Zweck gegründete Vereine oder Zusammenschluss von freien Trägern und Vereinen vor.

Bei der **Förderung durch die Stadt Karlsruhe** führt sie den Beschluss der Fördergrundsätze im Gemeinderat am 3. Februar 2015 an, der beinhaltet: Der Betrieb eines Bürgerzentrums soll ehrenamtlich erfolgen, die Stadt zahlt Mietkostenzuschuss, Nebenkosten und Reinigung, inhaltliche Beratung, Unterstützung und Betreuung des Trägers.

Bei der Antragsstellung ist eine frühzeitige Abstimmung mit Stadtverwaltung zur Prüfung von Ressourcen und Bedarfen im Stadtteil sowie die Erarbeitung eines im Stadtteil abgestimmten Konzepts mit wichtigen Akteuren im Stadtteil inklusive Bürgerverein bzw. Ortsverwaltung erforderlich. Ein individuelles Profil und eigene Schwerpunkte sind möglich.

Als grundlegende Kriterien für eine städtische Förderung eines Bürgerzentrums nennt Susanne Göhner, es müsse eine Stätte der Begegnung sein, das bürgerschaftliche Engagement solle gefördert werden und soziale Anliegen, wie Angebote zur Förderung der Integration, Angebote zur Förderung des Miteinanders, Vernetzung von Initiativen, Organisationen und Hilfsangeboten sowie von Bürgerinnen und Bürgern unterstützt und koordiniert werden müssen.

Der Förderantrag mit tragfähigem Nutzungskonzept muss beinhalten:

- Verlässliche Trägerschaft durch juristische Person
- Angebote für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen
- Mindestens eines der drei folgenden Kriterien:

Kooperationen mit sozialen oder kulturellen Einrichtungen

## Kooperationen mit Gewerbetreibenden

Offener Treff, offen für neue Initiativen, Projekte und Gruppen

sowie einen Belegungsplan mit geplanten Nutzungen für die ersten Monate (mindestens 2 – 5 Termine pro Woche in der Anfangsphase, eine Kalkulation der Miet- und Mietnebenkosten inklusive Reinigung, evtl. Konditionen für die Untervermietung von Räumen. Der Träger legt jährlich Verwendungsnachweis mit zahlenmäßigem Bericht und Tätigkeitsbericht vor.

Anschließend führt Christian Fulda den **Bürgerbeteiligungsprozess Neureut 2020** an. Hier haben sich Interessierte zum „Integrierten Stadtteilentwicklungskonzept Neureut 2020“ bisher im Zeitraum von Januar 2014 bis November 2014 zusammengefunden. Im Rahmen der thematischen Fokusgruppen habe sich die Fokusgruppe 3 „Generationenprojekte“ mit einer Bestandsaufnahme der in Neureut vorhandenen Begegnungsstätten befasst und sei zum Ergebnis gekommen, dass das Angebot in Neureut quantitativ und qualitativ ausreichend sei. Das Mehrgenerationenhaus Brunhilde-Baur-Haus biete verschiedene Angebote und könne vielfältig genutzt werden. Als Wunsch der Fokusgruppe habe sich ein Ansprechpartner für alle Belange des sozialen Lebens herauskristallisiert.

Folgendes Fazit könne gezogen werden: Aus Sicht der beteiligten Bürgerinnen und Bürger besteht kein Bedarf an zusätzlichen Treffpunkten. Das Mehrgenerationenhaus Brunhilde-Baur-Haus beinhaltet bereits vielfältige Ansätze eines Bürgerzentrums. Allerdings sei dieses noch zu wenig mit seinem Angebot bekannt.

Abschließend bietet Christian Fulda an, dass sein Büro als Ansprechpartner zur Verfügung stehe.

**Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** findet es interessant zu sehen, was alles für ein Bürgerzentrum nötig sei und welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Zudem will er wissen, ob es aus Neureut weitere Interessenten wie Vereine und Organisationen gebe - außer dem Brunhilde-Baur-Haus -, die Interesse haben, ein Bürgerzentrum einzurichten. Darauf antwortet Christian Fulda, es liegen keine konkreten Wünsche aus Neureut vor. Beim Brunhilde-Baur-Haus seien eher die Personalkosten relevant, führt er auf eine entsprechende weitere Frage an. Allerdings könne eine kalkulatorische Miete angesetzt werden, wenn das Haus im Besitz des Trägers sei. Dadurch habe er Einnahmen, die er verwenden könne.

**Ortschaftsrat Herbert Böllinger** will wissen, nachdem der Antrag der FDP ein Bürgerzentrum für Kirchfeld enthalte, was die Aussage bedeute "ein Bürgerzentrum pro Stadtteil". Es gelte wohl, ein Bürgerzentrum für den Stadtteil, nicht für die einzelnen Ortsteile aus denen Neureut bestehe. Das Thema sei für Karlsruhe noch relativ neu, so Fulda. Deshalb werde bei 27 Karlsruher Stadtteilen jeweils ein Bürgerzentrum subventioniert. Zudem wäre es auch schwierig, politisch zu vertreten, dass Neureut vier bekäme, während andere Stadtteile noch gar keines hätten. Man solle in Neureut eine Stelle für ein Bürgerzentrum finden und weitere niederschwellige Treffpunkte anbieten, wenn dies gewünscht werde.

**Fraktionsvorsitzender Dieter König** weist auf den Neureuter Brunnen mit dem Wappen der vier Ortsteile hin. Er untermauert, dass es ihn störe, dass alle Stadtteile "über einen Kamm" geschert" werden würden. Mit den Ausführungen zu den Bürgerzentren werde das Thema soziale Bindungen angesprochen. Er zählt einige Beispiele innerhalb Neureuts auf, wie beispielsweise Fortuna, Lammsaal und weitere Treffpunkte, die bereits vorhanden seien und Möglichkeiten böten. Er möchte nicht für jeden Ortsteil ein Bürgerzentrum, wohl aber sollte über Wünsche und Anforderungen nachgedacht werden. Dies könne in einer Ausschusssitzung beraten werden. Er wolle ein Denkanstoß geben, nicht alles über einen Kamm zu scheren. Es sei ein tolles Angebot, meint er hinsichtlich der Bürgerzentren, bei dem die Stadt Geld für Miete und weitere Kosten zur Verfügung stelle.

Er bittet darum, dass den Fraktionen die Power-Point-Präsentation zur Verfügung gestellt werde. Dies ist von der Ortsverwaltung zugesagt worden.

Ergänzend meint **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider**, dass mit dem Brunhilde-Baur-Haus und weiteren dezentrale Einrichtungen bereits Angebote vorhanden seien. Sie möchte keinesfalls, dass untereinander Konkurrenzsituationen entstehen. Viele Vereine engagieren sich bereits, man müsse deshalb sorgfältig bei der Auswahl sein.

Grundsätzlich fragt sie nach - das habe sie bereits auch bei der Ortsverwaltung getan -, nachdem bereits im vergangenen Oktober bei der Gemeinderatssitzung "Bürgerzentren" das Thema gewesen sei und auch immer in den Medien erscheine, dass unter anderem Neureut "im Sinne der Konzeption" unterstützt werde. Jetzt wolle sie wissen, welches Bürgerzentrum in Neureut unterstützt werde. Es sei eine Bestandsaufnahme gemacht worden, weiß sie aus der Sitzung vom 21.10.2014. das Brunhilde-Baur-Haus sei ja, wie zuvor dargestellt, ein Mehrgenerationenhaus und kein Bürgerzentrum im angeführten Sinn.

Dazu erläutert der Vorsitzende, seinerzeit, bei der Vorstellung der Konzeption der Bürgerzentren sei auch eine Bestandsaufnahme für Neureut dabei gewesen, die dem Ortschaftsrat bei der Besprechung im Ausschuss zur Verfügung gestellt werde. Gesprächspartner damals sei der Ortsvorsteher gewesen. Beim Gespräch mit der Chefin des Amtes für Stadtentwicklung seien als vorhandene Ansätze von vorhandenen Akteuren im Stadtteil auch das Mehrgenerationenhaus angesprochen worden. Deshalb kam dies auch so in die Presse. Aber bei den Empfehlungen zum weiteren Vorgehen sei eindeutig festgeschrieben, dass beim laufenden Bürgerbeteiligungsprozess derzeit der Bedarf an bürgerschaftlichen nutzbaren Räumlichkeiten in Neureut aus Sicht der Bürgerschaft ermittelt werde. Die Verwaltung werde dann gemeinsam mit der Ortsverwaltung Realisierungsmöglichkeiten - zunächst im Brunhilde-Baur-Haus - prüfen. Dies sei als Fazit gezogen worden, so der Vorsitzende. Ziel soll es sein, dass sich dort Alteingesessene und Neuzugezogene begegnen können und die Neureuter Quartiere zusammenwachsen. Außerdem solle sich das Neureuter Vereinsleben in einem Treffpunkt widerspiegeln.

Damit wolle man in den Ortschaftsrat gehen, der hier in Neureut das Sagen habe. Man werde dies voraussichtlich in der Ausschusssitzung am 25. März thematisieren, sagt der Vorsitzende zu.

**Ortschaftsrat Thomas Metzger** empfindet nach der Vorstellung, ein Bürgerzentrum sei "eine tolle Sache". Allerdings meint er, dass die Ortsteile Süd und Nord durch ihre vielen Vereine und auch Vereinsheimen nicht unbedingt ein Bürgerzentrum bräuchten. In Kirchfeld oder Heide gebe es jedoch nur die Bürgervereine. In diesen Ortsteilen sieht er eher einen Bedarf für ein Bürgerzentrum. Das Hauptproblem werde jedoch sein, einen Träger für ein Bürgerzentrum zu finden, betonte er und fragte, wer dies ehrenamtlich betreiben wolle. Man benötige mindestens zehn Personen, es müsse hierfür ein Verein gegründet werden, meint Metzger.

**Ortschaftsrat Klaus Bluck** erklärt, dass Neureut ein sehr großer Stadtteil sei. Es gebe bereits Stadtteile, die nur ein Viertel der Größe Neureuts haben und bereits über ein Bürgerzentrum verfügten. Er regt an, dass beispielsweise mit der Heide/Nordstadt etwas über die Grenzen entstehen könne. Weil es in Kirchfeld außer dem Sportverein nichts gebe, so Bluck, brauche es hier auf jeden Fall ein solches

Angebot, denn allein der Sportverein reiche nicht aus. Man müsse Lösungen finden, vielleicht mit dem Bürgerverein oder anderen Einrichtungen.

Dem widerspricht **CDU-Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht**, denn man habe sehr wohl in Kirchfeld Angebote und sie fühle sich hier auch nicht abgeschlossen.

### **Ergebnis:**

Bei der Ausschusssitzung im März soll das Thema vertieft beraten werden.

### **Zu Punkt 3 der T.O.:      **Bekanntgaben der Ortsverwaltung****

**3.1** Zum Brand der TG-Turnhalle am 21. 01.2014 spricht der Vorsitzende FDP-Ortschaftsrat und 1. Vorsitzenden der Turngemeinde Neureut, Ole Reher, seine Anteilnahme im Namen des Ortschaftsrates aus und ermuntert ihn, an die Sache heranzugehen, damit bald möglichst wieder eine Turnhalle zur Verfügung stehe.

Er sei froh und dankbar, dass man weitestgehend die Sportzeiten für die Nordschule wieder im Griff habe und dankte der evangelischen Kirchengemeinde, auch Herrn Beuke, für die Zurverfügungstellung des Gemeindhauses. Mit dem Sportunterricht sei man auch an der Südschule untergekommen. Jeglicher Sportunterricht sei jetzt abgedeckt und er zeigt sich froh über das gesamte Engagement der Neureuter Vereine.

25 Sportgruppen der TG seien teilweise zusammengelegt und verkleinert worden, noch gebe es hier Lücken bei den Sportstätten. Es gebe Hoffnung, dass diese bis Ende Februar gefüllt sind, wie beispielsweise beim Schulzentrum, CVJM oder TuS, die Kapazitäten zur Verfügung stellen. Dann gehe es weiter mit der Planung. Der Vorsitzende habe Ole Reher die Unterstützung des Gremiums zugesagt. Man werde helfen, wo man nur könne. Wegen des Schulsportes habe er bereits Kontakt mit Herrn Frisch sowie der Leiterin des Sportamtes bereits aufgenommen, da die Stadt verpflichtet sei, Schulsport zu geben. Er bekundet die Solidarität und Unterstützung des Ortschaftsrates gegenüber Ole Reher.

### **3.2 Der Vorsitzende informiert:**

- Bezüglich einer zurückliegenden Anfrage von Ortschaftsrat Dieter König wegen der Geländerhöhe an der Brücke Grabener Straße/ B 36 teilt er mit, dass die Anregung an das Tiefbauamt weitergeleitet wurde. Dieses nimmt Kontakt mit dem zuständigen Regierungspräsidium als Straßenbaulastträger auf, damit die Geländerhöhe auf 1,20 Meter nivelliert werde.
- Auf eine ebenfalls zurückliegenden Anfrage von Ortschaftsrat Jürgen Marin wegen der defekten Bodenbeleuchtung am Groß-Platz in Kirchfeld informiert der Vorsitzende, dass der Auftrag bereits vergeben sei. Es müsse ein Dämmerungsschalter ausgetauscht werden. Sobald das Gerät da sei, werde dies erledigt.
- Über das Sport- und Bäderamt habe Baden TV eine kleine Reportage vom Adolf-Ehrmann-Bad erstellt. Diese werde am 11., 12., 13., 16., 17., 18.02.2015 zu unterschiedlichen Sendezeiten ausgestrahlt.
- Die Ortsverwaltung habe zu der von Seiten der Stadt Karlsruhe angebotenen Infoveranstaltung für bisherige und neugewählte Ortschaftsräte am 20.02.2015 um 16.30 Uhr sämtliche Ortschaftsräte angeschrieben. Er erinnert an den Meldeschluss am 15.02.2015.

### **Zu Punkt 4 der T.O.:      **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat****

- 4.3 Ortschaftsrat Karsten Lamprecht** weist auf einen Antrag seiner Fraktion vom vergangenen Jahr zum Thema Südschule hin. Es sei mitgeteilt worden, dass Bürgermeister Lenz erst zu der Sitzung im April komme. Er zeigt dafür absolut kein Verständnis. Man habe bei dem Antrag darauf gedrängt, dass der Bürgermeister vor dem Termin der Schulanmeldung kommen solle. Seiner Meinung nach wolle der Bürgermeister den Termin so spät legen, um keine Entscheidung treffen zu müssen. Die Eltern müssten jedoch vor dem Anmeldungstermin Gewissheit haben, wie es in der Südschule mit der Betreuung weitergehe.

**Antwort:**

Der Bürgermeister sei angeschrieben worden, habe aber zuvor zeitlich keine Möglichkeit zu einer Sitzung zu kommen.

**Ortschaftsrätin Schmider** untermauert ergänzend, ihre Fraktion habe ebenfalls einen entsprechenden Antrag gestellt.

Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht informiert, es sei vom Dezernenten zugesagt, dass vorher ein runder Tisch mit allen Beteiligten stattfinden solle, zu dem die Ortsverwaltung eingeladen werde. Diese Einladung sei bisher noch nicht erfolgt, die Ortsverwaltung warte darauf. Ein Termin hierfür ist der Ortsverwaltung allerdings noch nicht bekannt.

**Ortschaftsrat Karsten Lamprecht** bittet daraufhin, den Ortschaftsrat in dieser Sache auf dem Laufenden zu halten.

- 4.4 Ortschaftsrätin Brigitte Schmider** möchte bezüglich der künftigen Bebauung entlang der Erzbergerstraße wissen, wann hierüber im Ortschaftsrat Informationen erfolgen, um noch Vorschläge bzw. Verbesserungen einbringen zu können. Eine frühzeitige Information sei besonders im Hinblick auf die Verkehrsflüsse in Zusammenhang mit der Heide wichtig. Denn Neureut grenze an das Gebiet an.

**Antwort:**

Die Ortsverwaltung werde diesbezüglich einen Brief an den Dezernenten schreiben. Zudem wisse der zuständige Bürgermeister, dass Neureut an das Gebiet angrenze und entsprechend informiert werden müsse. Im Übrigen sei dies bereits in der Vergangenheit ebenfalls praktiziert worden.

- 4.5 Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt** fragt im Zusammenhang mit dem in der vergangenen Ortschaftsratssitzung vorgetragenen Sachstand zur Stürmlinger Sandgrube nach, ob auch die Wasserqualität des Heidesees bzw. die der Sedimente geprüft und untersucht werden. Bald beginne die Badesaison, viele wüssten nicht um die toxische Belastung in dem Bereich der ehemaligen Stürmlinger Sandgrube. Bei Hochwasser erfolge ein Zurückdrängen des Wassers bzw. Eintrag Richtung Heidensee. Eventuell solle dies in Auftrag gegeben werden.

**Antwort:**

Die Ortsverwaltung wird das Umweltamt anschreiben und danach entsprechend weiter darüber berichten.

- 4.6 Ortschaftsrat Günther Gross** will hinsichtlich des neu gestalteten Bahnübergangs Richtung Kirchfeld nach, wann die Baustelle abgeschlossen sei?

**Antwort:**

Zur Zeit läuft noch der Probebetrieb, der in rund 3-4 Wochen abgeschlossen sei. Danach möchte die Ortsverwaltung den Ortschaftsrat sowie die Presse einladen, wenn der Bahnübergang offiziell Betrieb genommen wird.

---

Der Vorsitzende

---

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: